UNTERSUCHUNGSSTRATEGIE UND ANGEWANDTE METHODEN

Die Wahl einer Untersuchungsstrategie orientiert sich an der übergreifenden Fragestellung der Arbeit: Nach welchen Strukturen vollzieht sich die Kommunikation in den Online-Diskussionen und wie lassen sich diese theoretisch beschreiben? Das bereits referierte Modell des deliberativen Diskurses nach Habermas bietet uns dazu – bei aller Kritik, die sich in der theoretischen Diskussion ergeben hat – die zentralen Kategorien, nach denen sich die kommunikativen Merkmale von Deliberation empirisch fassen lassen. Dies sind die Ebenen der Akteure (wobei es um die Frage der Einbeziehung von Akteuren in den Diskurs geht), der Themen (Frage der Themenstruktur der Diskurse) und der Form der Kommunikation (Frage der formalen und zeitlichen Strukturierung). Diese drei Ebenen entsprechen bis auf die dritte der Gliederung der Sinndimensionen in eine soziale, sachliche und zeitliche Dimension, die sich als Leitunterscheidung gerade auch für empirische Untersuchungen bewährt hat. Sie stellen für unsere empirische Untersuchung von Diskursen das grobe Analyseraster dar.

Allerdings ist als grundsätzliche Problematik zunächst zu diskutieren, wie die Konfrontation der normativen Theorie von Habermas mit der Empirie aussehen kann. Denn in der strengen Lesart ist die normative Theorie nicht unmittelbar auf die empirische Wirklichkeit bezogen, sondern versteht sich vielmehr als philosophischer Beitrag, der nur die Grenzen des normativ Wünschbaren bzw. Gerechtfertigten absteckt, nicht aber mit Fragen der empirischen Adäquanz beschäftigt ist. Diesem Problem haben sich bereits andere Forscher gestellt, und wir können von ihren Antworten profitieren.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Eine Antwort wurde von Gerhards gefunden, der in einem Aufsatz eine »empirische Überprüfung der Theorie von Jürgen Habermas« unternimmt (Gerhards 1997) – wenn auch nicht zur Theorie des Diskurses im speziellen, sondern zur Öffentlichkeit im weiteren Sinn. Er versucht nicht, die normativen Aussagen der Theorie unmittelbar mit der Empirie zu verbinden, sondern richtet sein Augenmerk stattdessen auf diejenigen Annahmen, die der Theoriekonstruktion als Annahmen über die empirischen Bedingungen von Kommunikation zugrunde liegen. Erst auf diesem Weg lässt sich abschätzen, inwiefern die Habermas'sche Theorie der deliberativen Demokratie ein auch empirisch adäquates Modell der Öffentlichkeit ist.

In der Tat gelangt Gerhards zu der Schlussfolgerung, das liberale Modell von Öffentlichkeit sei angemessener als das deliberative, weil es der Realität besser entspricht. Allerdings ist bei grundlegender Sympathie für das Vorgehen gegen die Ergebnisse einzuwenden, dass die Verbindung der empirischen Grundlagen der normativen Theorie mit den empirisch überprüfbaren Merkmalen einige Fragen aufwirft. So werden weniger die kommunikativen Voraussetzungen von diskursiver Öffentlichkeit operationalisiert und überprüft als vielmehr die Diskursivität der Kommunikation, also die Ergebnisse. Diese eignen sich aber nicht zur Überprüfung des theoretischen Konzeptes selbst (auch und gerade nicht in einem Theorievergleich mit anderen Konzepten wie dem liberalen Modell der Öffentlichkeit), da sie ja selbst im Rahmen der Theorie entwickelt worden sind. Wenn die Realität den Vorgaben der Theorie also nicht entspricht, bleibt neben der Möglichkeit, dass die Theorie fehlerhaft konzipiert ist, immer auch die Möglichkeit, dass die Realität nicht den idealen Vorgaben der normativen Theorie entspricht.

Dieses Problem kennzeichnet auch eine zweite Art des Umgangs mit der empirischen Überprüfung normativer Theorien. Verschiedene Autoren, insbesondere Wissenschaftler, die sich in neuerer Zeit mit der empirischen Untersuchung von Deliberation beschäftigt haben, benutzen die Theorie von Habermas als »normative yardstick«, also als Maßstab, an dem sich die politische Realität beurteilen lässt (vgl. z. B. Nanz/Steffek 2005; Steiner et al. 2004; Steenbergen et al. 2003). Diese Art der Betrachtung entspricht sicherlich den Intentionen des Urhebers der normativen Theorie und der grundlegenden Absicht kritischer Theorieentwicklung. Allerdings lässt sich fragen, inwiefern unter diesen Bedingungen eine Überprüfung der Theorie selbst noch möglich ist, wie sie von der wissenschaftlichen Selbstreflexion erwartet werden kann und zur Weiterentwicklung der Theorie notwendig ist. Denn die Theorie wird hier bereits durch den Untersuchungsansatz als gültig vorausgesetzt, jedes mögliche Ergebnis der Untersuchung kann nur noch für eine Bewertung

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

der politischen Realität *aus der Perspektive der Theorie* herangezogen werden, nicht aber für eine Beurteilung der Theorie selbst. Insofern sind die Ergebnisse dieser Untersuchungen für uns zwar durchaus interessant, die dahinterstehende Analysestrategie für die in dieser Arbeit im Vordergrund stehenden Fragestellungen allerdings nicht geeignet.

Denn in der vorliegenden Arbeit soll es, wie erläutert, weniger darum gehen, eine bereits entwickelte Theorie empirisch zu überprüfen, sondern vielmehr um die Kritik und Weiterentwicklung der theoretischen Grundlagen, auf denen die zentralen Annahmen und Aussagen der Theorie beruhen. Zur empirischen Umsetzung dieses Untersuchungsinteresses erscheinen die etablierten hypothesenprüfenden Verfahren weniger geeignet, da ihre Anwendung eine etablierte theoretische Basis voraussetzt. Demgegenüber entscheiden wir uns für die zwar weniger etablierten, dafür aber auch in ihrer Behandlung des empirischen Materials weiter greifenden entdeckenden Verfahren (Kleining 1995).

Entsprechend der Forderung nach einer möglichst großen Variation der Perspektiven auf den Untersuchungsgegenstand soll in dieser Untersuchung ein Methodenmix angewandt werden, der statistische Verfahren mit Ansätzen der vergleichenden Fallstudie zusammenbringt und je nach spezieller Fragestellung einen quantitativ orientierten oder einen qualitativ orientierten Zugang zum empirischen Material wählt. Nach Kleining ist eine strikte Unterscheidung von Zugangsweisen bei der entdeckenden Forschung, der es um das Finden und die Formulierung von Theorien geht, nicht weiterführend (ebd.: 40ff.). Daher wird in dieser Studie nicht zwischen der Hypothesenaufstellung und ihrer Überprüfung unterschieden. Vielmehr ist der Forschungsprozess als Dialog mit dem empirischen Material angelegt, in dem jede Erkenntnis, jede Antwort auf eine Frage zu einer neuen, weiterführenden Frage motiviert, die wiederum zu beantworten versucht wird (vgl. ebd.: 250ff.).

Gegen ein strikt positivistisch-hypothesenprüfendes Vorgehen sprechen auch die speziellen Eigenschaften der zu untersuchenden Online-Diskurse. Wie für realweltliche Zusammenhänge typisch, stellen diese »meaningful but complex configurations of events and structures« dar (Ragin 1997: 30), die eine kontrollierte Variation von Bedingungen wie in Experimenten nicht erlauben. Da Online-Diskussionen aber zwangsläufig in einen umfassenden Kontext ganz unterschiedlicher sozialer Felder und Interessen der Akteure eingebunden sind, sehen wir keine andere Möglichkeit, dieses Phänomen adäquat zu untersuchen, als durch Rückgriff auf »echte« Daten, die nicht aus Experimenten gewonnen wurden, sondern aus der unmittelbaren Beobachtung der Diskussionen selbst.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Vor allem aufgrund der Neuheit des Gegenstands politischer Online-Diskurse ist die Fallzahl in dieser Untersuchung begrenzt, so dass sich eine sogenannte »many variables – small n«-Konstellation ergibt (Berg-Schlosser/de Meur 1997). Einer kleinen Zahl von Fällen steht dabei eine große Variabilität der Merkmale gegenüber, sowohl hinsichtlich der Zahl der interessanten Variablen als auch der Ausprägungen dieser Variablen. Diese Konstellation stellt die herkömmliche statistische Methodik vor Probleme, da die Varianz zwischen den einzelnen Fällen, auf deren Untersuchung die meisten statistischen Verfahren beruhen, eher gering ausgeprägt ist. Andererseits verbietet sich auch eine rein qualitative Herangehensweise, da zum einen die Komplexität bei neun Fällen und einer großen Zahl von Variablen zu groß ist und zum anderen die Fälle intern einen so großen Umfang an Daten liefern (ca. 400 bis fast 4000 Diskussionsbeiträge), dass eine qualitative Herangehensweise bereits mit einem einzigen Fall überfordert wäre.

Auswahl des Gegenstands der empirischen Untersuchung

Bevor wir zu den in dieser Untersuchung verwendeten Methoden selbst kommen, soll zunächst das für die empirische Untersuchung verwendete Sample an Fällen beschrieben werden. Wie erwähnt, soll diese Studie zu neuen Erkenntnissen über öffentliche Diskurse führen. Dies ist bereits durch den Untersuchungsgegenstand gegeben. Internetgestützte Deliberationen überwinden bestimmte Einschränkungen hinsichtlich der Partizipations- und Themenbreite zumindest potentiell. Das Fallbeispiel der Internet-Diskussion macht eine Form von Diskurs jenseits der interpersonalen Kommunikation beobachtbar, die zuvor nur im Konzept der episodenübergreifenden Öffentlichkeit angelegt war, jedoch in der konkreten Erscheinung durch die medialen Beschränkungen nicht ungefiltert beobachtbar war. Daher stellen Internet-Diskussionen als empirisches Material der Untersuchung politischer Diskurse eine Art neuen Beweismaterials dar, mit dem sich die Diskussion über die Grundlagen und den Stellenwert von Diskursen wieder aufnehmen und neu beleben lässt.

Nicht alle im Internet geführten Diskussionen stellen jedoch geeignete Fallbeispiele dar, wenn es um die Suche nach einer neuen Form der öffentlichen Diskussion geht. Das Medium selbst, so unsere Sichtweise, ist ein zwar nicht völlig, aber doch relativ neutraler Mittler der Kommunikation, die im Diskurs stattfindet. Es erlaubt bestimmte Kommunikationsformen und erschwert andere, erzwingt aber von sich aus keine bestimmten Kommunikationsformen (im Unterschied zur Annahme einer

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

zwingenden »Media Logic«, vgl. Altheide/Snow 1978). So stellen kleinformatige Online-Diskussionen, auch wenn sie von politischen Institutionen initiiert wurden und unter kontrollierten Bedingungen stattfanden, noch keine Deliberation in dem von uns gemeinten Sinn dar, weil sie sich in der Größendimension nicht von Deliberationen unterscheiden, die auch unabhängig vom Medium Internet durchgeführt wurden und werden. Beispiele sind in Deutschland etwa in den Versuchen der onlinegestützten Bürgerbeteiligung in Esslingen zu sehen (vgl. Trénel et al. 2001), an der sich 23 Personen mit insgesamt 90 Beiträgen über einen Zeitraum von mehreren Wochen beteiligten, ebenso wie in einer Diskussion zur Raumplanung im Bremer Stadtteil Horn-Lehe (vgl. Westholm 2002), die mit 63 aktiven Teilnehmern und 221 Beiträgen zwar schon etwas größer ausfiel, aber noch nicht Ausmaße erreichte, die über eine Präsenzveranstaltung hinausgingen.

Ebenso wenig sind für uns reine Diskussionsveranstaltungen interessant, die zwar im Internet stattfinden, aber nicht an eine politische Entscheidung in dem Sinne geknüpft sind, dass sie diese vorbereiten oder auf diese Einfluss nehmen könnten. So lassen zum Beispiel Verlage wie der SPIEGEL-Verlag (unter »spiegel.de«) oder auch große Portale wie das »politikforum.de« oder »Yahoo« ihre Besucher in interaktiven Foren auch zu politischen Themen Stellung nehmen. Dabei handelt es sich zwar zum Teil auch um Diskussionen (häufig allerdings auch um reine Verlautbarungen, denen der Bezug untereinander fehlt, also eher eine Art »Speakers' Corner«), allerdings fehlt ihnen als wichtiger Bezugsrahmen die zeitliche Terminierung und ein Ergebnis, auf das sie hin arbeiten. Als zeitlich unbegrenzte Kommunikationsangebote orientieren sie sich stärker am Pol der generalisierten Kommunikation als am interpersonalen, werden allerdings von Seiten der Betreiber nicht über längere Zeiträume hinweg zuverlässig unterstützt. Da der Kommunikation in derartigen Foren – im Unterschied zu solchen Formen politischer Öffentlichkeit, die auf die Beobachtung *und Beeinflussung* des politischen Systems ausgerichtet sind – kein Ziel vorgegeben ist, lassen diese Fallbeispiele wenig aufschlussreiche Erkenntnisse über die Formen und Strukturen von politischen Diskursen erwarten.

Die für unsere Untersuchung interessanten Fälle von Online-Diskussionen dagegen sollen folgende Kriterien erfüllen: Sie haben einen großen Umfang hinsichtlich der Zahl der (aktiven) Teilnehmer und hinsichtlich der Zahl der Beiträge, so dass sich tatsächlich von einer neuen Form von Diskussion sprechen lässt. Sie haben außerdem einen definierten politischen Bezug, indem sie in die Entscheidungsfindung als Kern des politischen Prozesses einbezogen sind. Sie müssen nicht unbedingt von politischen Institutionen selbst ausgerichtet werden, Akteure

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

des politischen Systems müssen aber auf die eine oder andere Weise in die Diskussion mit einbezogen sein. Ferner ist ein öffentlicher Charakter vorauszusetzen sowie die Konzentration auf ein einzelnes Thema, da es uns nicht um öffentliche Foren (»Arenen« im Sprachgebrauch von Gerhards/Neidhardt 1990) im Allgemeinen, sondern spezifischer um politische Diskussionen in der Öffentlichkeit geht.

Eine Recherche im Jahr 2004 nach solchen Fällen erbrachte eine Liste von 65 möglichen Fällen, die im Internet oder in der Literatur dokumentiert waren. Als eher pragmatisches Erfordernis der Fallauswahl kommt an dieser Stelle hinzu, dass die Diskussionen für den Verfasser sprachlich nachvollziehbar sein sollten, was in der Regel die deutsche oder englische Sprache voraussetzt.[1] Außerdem sollten die Diskussionen im Wortlaut und mit möglichst umfassenden Informationen zu Kontext und Rahmenbedingungen dokumentiert und für eine Analyse zugänglich sein. Die Aufbereitung der Rohdaten erfolgte in Eigenarbeit, notwendig war nur eine Mindestzugänglichkeit der Daten, wie sie auch aus der Perspektive der Teilnehmer gegeben war.

Auch unter diesen Voraussetzungen blieben noch verschiedene Fallbeispiele zur Auswahl, so dass die weitere Auswahl nach den methodologischen Kriterien der Fallanalyse getroffen werden konnte. Dazu wurde eine Kombination aus zwei Kriterien angewandt, die zur Komplexitätsreduktion in der Fallstudienmethodologie eingesetzt werden: Nach dem Kriterium der größtmöglichen Ähnlichkeit der Fälle hinsichtlich der unabhängigen Variablen (»most similar systems«, vgl. Przeworski/ Teune 1970), genauer gesagt hinsichtlich der Form des Kommunikationsprozesses, also der Zahl der Teilnehmer, der Zugangsmöglichkeiten und der Dauer, wurde der Rahmen der möglichen Fälle zunächst eingegrenzt. Diese wiesen allerdings noch immer eine gewisse Bandbreite hinsichtlich der organisatorischen Rahmenbedingungen auf, also des vorgesehenen Ablaufplans (Dramaturgie), der Organisation, des regionalen Kontexts und der Anbindung an politische Entscheidungen. Da die Ausprägungen der abhängigen Variablen für die Auswahl der Fälle nicht zur Verfügung standen, sondern erst als Ergebnis der Analyse, entschieden wir uns für eine kontrollierte Variation dieser Rahmenbedingungen innerhalb einer gegebenen grundsätzlichen Ähnlichkeit der Kommunikationsformen.

1 In einem Fall wurde auf eine italienische Diskussion zurückgegriffen, weil der Verfasser mit dem entsprechenden Projekt aufgrund seiner Forschungstätigkeit besonders vertraut ist und die Berücksichtigung des Falles die Untersuchungsstrategie eines systematischen Vergleichs unter kontrollierten Rahmenbedingungen (s. unten) erst möglich macht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Im Ergebnis dieser Auswahl ergibt sich ein strukturiertes Sample, in dem sich drei unterschiedliche Formen der Organisation der Diskussion gegenüberstehen, zu denen jeweils drei Fallbeispiele erhoben wurden. Jeweils drei Fälle sind sich also hinsichtlich der organisatorischen Rahmenbedingungen sehr ähnlich, variieren allerdings hinsichtlich der Größe und Dauer. Die drei Organisationsformen wiederum variieren bestimmte organisatorische Merkmale, sind sich allerdings in Bezug auf die Kommunikationsform sehr ähnlich. Dieses Sampledesign erlaubt es, die organisatorischen Merkmale getrennt von den kommunikativen zu behandeln und in die einzelnen Analyseschritte einzubeziehen. Gleichzeitig werden nur Fälle miteinander verglichen, die hinsichtlich bestimmter, nach theoretischen Kriterien ausgewählter unabhängiger Variablen sehr ähnlich sind (großformatige öffentliche Diskussionen mit Anbindung an politische Entscheidungsprozesse). Im Gegensatz zu einem reinen »most similar cases«-Design werden durch die Variation innerhalb der Rahmenbedingungen zusätzlich Einflüsse von unabhängigen Variablen analysierbar.

Bei den drei unterschiedlichen Diskussionsansätzen handelt es sich (1) um ein von der amerikanischen Organisation »Information Renaissance« entwickeltes Diskursverfahren (INFO-REN), (2) ein von dem EU-geförderten Projekt »DEMOS« entwickeltes Diskursverfahren (DEMOS), an dessen Entwicklung und realweltlicher Evaluation der Verfasser selbst beteiligt war, sowie (3) ein Angebot der EU zur Beteiligung der Bürger an der Debatte um eine europäische Verfassung (FUTURUM). Diese drei Ansätze werden im Folgenden durch ihre jeweiligen Abkürzungen bezeichnet. Zu allen drei Ansätzen liegen entsprechende, zum Teil auch bereits wissenschaftlich fundierte Hintergrundinformationen vor, die die Art der Diskussionsführung erläutern und die hier nur insoweit referiert werden, als sie für unsere Fragestellung und zur Interpretation der Ergebnisse hilfreich sind.[2]

»Information Renaissance«-Diskussionen (INFO-REN)

»Information Renaissance« ist eine US-amerikanische Non-Profit-Organisation, deren Ziel es ist, die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zu

2 Vgl. zu den drei INFO-REN-Diskursen: Bonner et al. 2005 (allgemein); Carlitz/Maak 2001 (IR-MAP); Beierle 2002, 2003 (IR-EPA); Gunn/Carlitz 2003; Maak et al. 2005 (IR-CMP); zu den DEMOS-Diskursen: Lührs et al. 2001 (allgemein); Lührs et al. 2003, 2004; Mitterhuber 2004; Albrecht 2006a (D-HH); zu den FUTURUM-Diskursen: Winkler/Kozeluh 2005; Wright 2007.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nutzen. Beginnend mit einer Diskussion im Jahr 1996 zum Thema »Internetzugang für Schulen«, führte die Organisation mehrere Online-Diskussionen selbständig oder in Kooperation mit anderen Nichtregierungsorganisationen durch. »Information Renaissance« entwickelte dazu ein eigenes Diskussions-Modell, also Verfahrensregeln für die Durchführung der Online-Diskussionen, so dass sich die einzelnen Diskussionen zwar im Thema unterscheiden, weniger aber hinsichtlich des Ablaufs und der vorgesehenen Kommunikationsrollen der Teilnehmer. »Information Renaissance« verzeichnet insgesamt sieben Diskussionsprozesse, wobei der letzte im Jahr 2002 stattfand.[3]

Das Diskussions-Modell sieht vor, dass die Diskussionen in relativ kurzer Zeit stattfinden, meist dauerten sie zwischen zehn Tagen und zwei Wochen. Vor dem Start einer Diskussion wird zunächst der Themenbereich abgesteckt, meist in Koordination mit dem jeweiligen Partner sowie mit Vertretern politischer Institutionen, für die die Ergebnisse der Diskussion relevant sind. In dieser »Design-Phase« werden außerdem Hintergrundinformationen zu dem Thema gesammelt und für die Teilnehmer aufbereitet, es wird eine Agenda erstellt, also ein Ablaufplan für die Diskussion, der einzelnen Zeitabschnitten spezielle Themenbereiche zuweist, die in dieser Zeit diskutiert werden sollen, und es werden Betroffene und weitere relevante Zielgruppen identifiziert und über verschiedene Kanäle angesprochen. Zum Teil gab es Begrenzungen der Teilnehmerzahl (z. B. auf 250 Teilnehmer im Fall der Diskussion über »Money and Politics«, s. unten).

Die Diskussion selbst verläuft nach einem klar vorgegebenen Zeitplan und wird von Moderatoren sowie Technikern betreut. Außerdem stehen häufig Experten bzw. politische Akteure bereit, die auf Fragen antworten oder sich direkt an der Diskussion beteiligen (und explizit keine längeren Statements abgeben sollen). Die meisten der Diskussionen wurden technisch über ein eigenes Online-Foren-System abgewickelt, in dem die Teilnehmer die Möglichkeit hatten, miteinander auf einer Website asynchron und mit Unterstützung von Thread-Strukturen zu kommunizieren. Das erlaubt den Teilnehmern eine weitgehend freie Zeiteinteilung, da sie nicht gleichzeitig anwesend sein müssen und auch auf lange zurückliegende Beiträge noch geantwortet werden kann.

3 Stand: Januar 2007. Diese Informationen stammen von der Website der Organisation (http://www.info-ren.org) sowie aus verschiedenen Publikationen zu den Diskussionen selbst. Die Aktivitäten von »Information Renaissance« scheinen gegenwärtig eingestellt zu sein, allerdings betreibt eine der Ideengeberinnen bei der Non-Profit-Organisation »WestED« weiter Online-Diskussionen nach einem ganz ähnlichen Modell (vgl. http://www.webdialogues.net).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

»Information Renaissance« unterteilt dabei die Teilnehmer nicht in kleinere Gruppen, wie das andere Modelle vorsehen (zum Beispiel die »small group dialogues« der ebenfalls amerikanischen Organisation »Weblab«). Dennoch legt die Organisation Wert auf gegenseitiges Kennenlernen der Teilnehmer, das durch eine anfangs von jedem Teilnehmer abgefragte Beschreibung zur eigenen Person unterstützt wird, die auf der Website jederzeit abrufbar ist. Um der Komplexität der behandelten Themen gerecht zu werden, sind auch die in der Design-Phase gesammelten Hintergrundinformationen stets verfügbar. Während der Diskussion werden außerdem tägliche Zusammenfassungen erstellt, um den Teilnehmern einen aktuellen Überblick zu ermöglichen. Von den Teilnehmern, die aktiv, also mit eigenen Beiträgen an der Diskussion teilnehmen wollen, wird eine Registrierung verlangt, die Diskussion lässt sich allerdings für jeden im Netz lesend mitverfolgen. Üblich ist auch, dass Teilnehmer ihren wirklichen Namen angeben und nicht unter einem Pseudonym auftreten. Für bestimmte Fragen werden eigene Online-Paneldiskussionen mit Experten durchgeführt. Die Rolle der Moderatoren besteht darin, die Diskutanten beim Thema zu halten und eventuell auftretende Konflikte zu entschärfen. Sie stellen darüber hinaus immer wieder Fragen an die Teilnehmer, geben Hilfestellung und stehen für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Auch nach der Diskussion bleiben die Beiträge der Teilnehmer öffentlich einsehbar, die Ergebnisse werden in Form von Zusammenfassungen und Auswertungen an die entsprechenden politischen Stellen vermittelt, allerdings zumeist informativ, ohne eine direkte oder zum Beispiel formale Anbindung an den politischen Entscheidungsprozess. Ebenso findet eine Evaluation durch die veranstaltende Organisation statt, zum Teil erfolgen auch wissenschaftliche Publikationen mit einer Auswertung.

Bei den drei für die Analyse in dieser Arbeit ausgewählten Fällen handelt es sich um die drei zuletzt von der Organisation durchgeführten Diskussionen, die eine besonders starke Ähnlichkeit der jeweiligen Rahmenbedingungen aufweisen und sich zeitlich am besten in den Kontext der anderen ausgewählten Diskurs einfügen. Alle drei Diskussionen wurden in englischer Sprache geführt.

- *»Money and Politics – Who Owns Democracy?« (IR-MAP)*
  Zeitraum: 19. März-2. April 2001 (15 Tage)
  128 aktive Teilnehmer,[4] 547 Beiträge

4 Die Angaben über die aktiven Teilnehmer basieren in allen untersuchten Diskursen auf den in jedem Beitrag angegebenen Nutzernamen. Diese wurden um solche Fälle bereinigt, in denen die Teilnehmer in einer für alle am Diskurs beteiligten transparenten Weise mehrere Namen benutzten,

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Bei dieser Diskussion, die außer von »Information Renaissance« auch von den »National Issues Forums« betreut wurde, ging es um die Reform des US-amerikanischen Parteienfinanzierungsgesetzes. Dabei kamen Themen wie die Wahlkampfkostenerstattung, Transparenz von Parteispenden und das Wirken von Lobbyisten zur Sprache. Konkret ging es um drei unterschiedliche Ansätze, das bisherige System zu reformieren. Diese Vorgaben waren von den »National Issues Forums« in Form von Positionspapieren vorbereitet worden. Die Diskussion wurde über das ganze Land verteilt durchgeführt. Sie war eingebettet in eine Debatte im US-Senat über die gleichen Themen, die zur gleichen Zeit begann. Dabei verhielten sich beide betreuenden Organisationen strikt neutral zu den möglichen Positionen in dieser Debatte. Eine Integration der Ergebnisse in den politischen Prozess fand durch Kommunikation der Resultate an politische Entscheidungsträger statt, war also eher informell ausgeprägt.

- *»Public Involvement in EPA Decisions« (IR-EPA)*
  Zeitraum: 10.-20. Juli 2001 (11 Tage)
  320 aktive Teilnehmer, 1260 Beiträge
  Diese Diskussion wurde von »Information Renaissance« gemeinsam mit dem Think Tank »Resources for the Future« im Auftrag der US-amerikanischen »Environmental Protection Agency« (EPA) durchgeführt, der staatlichen Umweltschutzbehörde. Übergreifende Fragestellung war, wie die Öffentlichkeit besser in die Entscheidungen der EPA einbezogen werden könnte. Dabei standen verschiedene Aspekte eines Positionspapiers der EPA zur Debatte, gefragt wurde insbesondere nach Möglichkeiten der Umsetzung der in dem Papier formulierten Politik. Im Einzelnen ging es um Fragen der Identifizierung und Ansprache interessierter Bürger, um die Informationspolitik der Behörde, um Beteiligungsmöglichkeiten und um die Unterstützung gemeinschaftlicher Arbeitsweisen. Zur Teilnahme waren Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Land aufgerufen. Die Debatte stand im Zusammenhang mit einer Anhörungsphase zum Positionspapier der EPA. Durch die Einbeziehung von EPA-Mitarbeitern und -Entscheidern war eine relativ enge Anbindung an den politischen Prozess gegeben, auch wenn die Diskussion formal nur beratenden Stellenwert hatte.

mit diesen aber keine unterschiedlichen Kommunikationsweisen verbanden. Insofern können sich bei den Angaben in der vorliegenden Studie Abweichungen zu den Angaben in der sonstigen Literatur über die untersuchten Diskurse ergeben.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

- *»California Education Dialogue« (IR-CMP)*
  Zeitraum: 3.-17. Juni 2002 (15 Tage)
  250 aktive Teilnehmer, 1060 Beiträge
  Wie der Name andeutet, betraf diese Diskussion nur den Bundesstaat Kalifornien, genauer den dort in Diskussion befindlichen »California Master Plan for Education«. Dabei handelt es sich um eine angestrebte Leitlinie für das gesamte Bildungssystem des Staates, vom Kindergarten bis zur universitären Ausbildung. Die Diskussion war eingebettet in eine Phase öffentlicher Anhörungen zum Entwurf eines Masterplans, die die erste Stufe des Entscheidungsprozesses bildete. Sie war offen für Teilnehmer aus ganz Kalifornien, nach Möglichkeit sollten auch Personen angesprochen werden, die nicht direkt ins Bildungssystem involviert sind. Die Diskussion wurde in direkter Zusammenarbeit mit Mitgliedern des für den Masterplan zuständigen Komitees durchgeführt, die auch an der Diskussion selbst aktiv teilnahmen. Durch die Einbettung in die Anhörungsphase der Entscheidungsfindung hatte die Diskussion einen quasi-formalen Status, allerdings als ein Input unter mehreren anderen.

»DEMOS«-Diskussionen

Die Abkürzung »DEMOS« steht für »Delphi Mediation Online System«, was sowohl ein Software-System als auch ein Verfahrensmodell zur Durchführung von webgestützen Diskussionen bezeichnet. Beide zur Durchführung von Online-Diskussionen wichtigen Elemente wurden im Rahmen eines von der EU geförderten Forschungsprojektes (Kennnummer: IST-1999-20530) entwickelt mit dem Ziel, das Internet für demokratiefördernde Zwecke besser nutzbar zu machen. Das Projekt wurde im Oktober 2000 gestartet und lief bis zum Frühjahr 2003. In dieser Zeit wurden drei Online-Diskussionen als realweltliche Experimente zur Erprobung und Evaluation der Software und des Diskursmodells durchgeführt, zwei in Hamburg und eine in Bologna, Italien. Der Verfasser dieser Arbeit war als wissenschaftlicher Mitarbeiter an dem Projekt beteiligt, sowohl an der konzeptionellen Arbeit als auch an der Durchführung und Evaluation der beiden Hamburger Online-Diskussionen. Diese Beteiligung bedeutet auf der einen Seite eine besondere Nähe und Vertrautheit mit den Einzelheiten der Diskussionen, die sich von außen nicht erreichen lässt. Sie bedeutet unter Umständen aber auch eine gewisse Voreingenommenheit durch zu große Nähe. Dieser negative Aspekt soll durch eine konsequente Vergleichsperspektive und möglichst

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

objektivierbare Bewertungskriterien in seiner Wirksamkeit entschärft werden.[5]

Das Diskussionsmodell ähnelt in weiten Teilen dem von »Information Renaissance« entwickelten. Die Diskussionen werden ebenfalls von Moderatoren, Technikern und politischen Experten begleitet, eine möglichst große Zahl von Teilnehmern wird angestrebt. Eine aktive Einbeziehung von Politikern ist vorgesehen und durch die direkte Zusammenarbeit mit der Exekutive in den betrachteten Fällen auch stärker ausgeprägt als bei INFO-REN. Wie dort ist die Anbindung an den politischen Entscheidungsprozess jedoch nur informeller Art. Die Kommunikation ist asynchron und Thread-gestützt, alle Diskussionen im betrachteten Zeitraum wurden mit der gleichen Software durchgeführt. Ebenfalls wie im amerikanischen Modell geht der eigentlichen Diskussion eine längere Vorbereitungsphase in enger Zusammenarbeit mit den involvierten Akteuren aus der Politik voraus, die in Form einer ausführlichen Informationssammlung (»Bibliothek«) für die Teilnehmer auf der Website der Diskussion ihren Niederschlag findet.

Unterschiede bestehen einmal hinsichtlich des geographischen Kontextes der Diskussionen. Während die INFO-REN-Diskurse auf einer nationalen bzw. bundesstaatlichen Ebene angesiedelt waren, spielen sich die DEMOS-Diskussionen auf der Ebene einzelner Kommunen ab. Des Weiteren ist der Diskussionsablauf bei DEMOS-Diskussionen weniger starr vorgegeben. Zum Beispiel gibt es keine Agenda, die für jeden Tag ein bestimmtes Thema vorsehen würde. Allerdings ist die Diskussion in drei Phasen eingeteilt. Nach einer einführenden allgemeinen Diskussion des vorgegebenen Themas erfolgt eine zunehmend spezifischere Diskussion in der zweiten Phase, bevor in der dritten Phase konkrete Umsetzungsfragen der jeweils entwickelten Vorschläge diskutiert werden sollen. Der Fokus liegt bei DEMOS stärker auf der Entwicklung von Vorschlägen als auf der Bewertung bestehender politischer Entwürfe wie bei »Information Renaissance«.

Die Einteilung in unterschiedliche Phasen wird den Teilnehmern von Beginn der Diskussion an vermittelt, ganz ähnlich wie durch die »Briefing Books« bei INFO-REN-Diskussionen. Ein Unterschied besteht in der Möglichkeit einer anonymen Teilnahme (unter selbst gewählten Pseudonymen) und darin, dass für die Teilnehmer zwar die Möglichkeit besteht, sich zu ihrer Person zu äußern, dies aber von den Organisatoren

5 Weitere Informationen über DEMOS gibt es auf der Website des Projektes: http://www.demos-project.org. Das Projekt wird seit 2003 mit einer anderen Software und zum Teil anderen Verfahrensregeln weitergeführt, dabei wurden weitere Diskussionen in Hamburg und München durchgeführt. Vgl. http://www.tutech.de/ik.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

einer Diskussion in keiner Weise gefordert wird. Der Zugang ist daher bei DEMOS trotz der notwendigen Registrierung etwas offener und unverbindlicher gehalten.

Die Dauer der Diskussionen ist mit vier bis sechs Wochen zwar länger als bei INFO-REN, allerdings in einer vergleichbaren Größenordnung. Eine Besonderheit der DEMOS-Diskussionen innerhalb des Samples betrifft die Bündelung von Themen in eigenen Sub-Foren. Dabei werden einzelne Threads, nach bestimmten, von der Moderation vorgegebenen Themen zusammengefasst, auf einer eigenen Seite dargestellt. Diese Sub-Foren variierten in den unterschiedlichen Diskussionen je nach übergreifendem Thema, allerdings gab es über alle Diskussionen hinweg eine Trennung zwischen den Foren der Diskussion selbst und einem sogenannten »Meta-Forum«, in dem Diskussionen geführt werden konnten, die den Aufbau und den Ablauf der Online-Diskussion selbst betrafen. In den anderen hier untersuchten Diskurs-Modellen erfolgte eine solche Trennung nicht bzw. nur auf der Ebene unterschiedlicher Threads.

Für die Analyse wurden diejenigen Diskussionen ausgewählt, die mit der ursprünglichen DEMOS-Software durchgeführt wurden und in dieser Hinsicht vergleichbar sind. Zwei davon sind in deutscher Sprache, eine ist in italienischer Sprache durchgeführt worden.

- *»Qualität der Lehre an der TU Hamburg-Harburg« (D-TU)*
  Zeitraum: 5. November-14. Dezember 2001 (40 Tage)
  106 aktive Teilnehmer, 1244 Beiträge
  Diese Diskussion war insofern eingeschränkt öffentlich, als nur Mitglieder der TU Hamburg-Harburg zur aktiven Teilnahme zugelassen waren, sie spielte sich also auf einem intra-organisatorischen Niveau ab. In Kooperation mit dem für Lehre zuständigen Vizepräsidenten der Universität sollte die Diskussion Hinweise geben, wie die Qualität der Lehre an der TU evaluiert und verbessert werden könnte. Moderierend betreut wurde die Diskussion durch Wissenschaftler aus dem DEMOS-Projekt, die ebenfalls an der Universität angesiedelt waren. An der Diskussion beteiligten sich außer den Studierenden auch die studentischen Vertreter des Allgemeinen Studierendenausschusses und der Fachschaften sowie einige Professoren und Dozenten. Themen waren sowohl das Lehr- und Evaluationskonzept der Universität als auch einzelne Lehrveranstaltungen und Maßnahmen. Die Ergebnisse wurden zusammengefasst und dem Vizepräsidenten präsentiert. Eine Verbindung mit Aktivitäten auf dem Campus fand nicht statt, allerdings wurde die Diskussion dort durch Auslage von Flyern beworben.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

- *»Il traffico a Bologna« (D-BOL)*
  Zeitraum: 10. Januar-21. Februar 2002 (43 Tage)
  99 aktive Teilnehmer, 713 Beiträge
  Die Stadt Bologna holte mit Hilfe dieser Diskussion die Meinung der Bürger zur Verkehrspolitik in der Innenstadt ein. In diesem Bereich gab es aufgrund der Enge im historischen Zentrum immer wieder Probleme in der Stadt, allerdings erfolgte die Diskussion nicht im Rahmen einer über das Internet hinausgehenden Debatte. Bologna blickt zurück auf eine verhältnismäßig lange Tradition der Förderung einer kommunalpolitischen, öffentlichen Nutzung des Internets ebenso wie auf eine fest etablierte Tradition der Bürgerbeteiligung an kommunalen Belangen. Für die Diskussion angesprochen wurden vor allem Teilnehmer des städtischen Internet-Zugangsservice »Iperbole«. Der stellvertretende Bürgermeister der Stadt und verschiedene Beamte engagierten sich neben interessierten Bürgern in der Diskussion. Die eigentliche Durchführung der Diskussion lag in den Händen speziell geschulter Moderatoren einer mailändischen Non-Profit-Organisation, die eng mit der Stadtverwaltung zusammenarbeiteten. Die Ergebnisse wurden im Anschluss an die Diskussion den Mitarbeitern der entsprechenden Behörde präsentiert.

- *»Wachsende Stadt Hamburg« (D-HH)*
  Zeitraum: 4. November-2. Dezember 2002 (29 Tage)
  262 aktive Teilnehmer, 3907 Beiträge
  Im Gegensatz zu den beiden anderen DEMOS-Diskussionen bestand hier eine vergleichsweise direkte Einbindung in politische Entscheidungsprozesse. Der Senat der Stadt Hamburg, also die Kommunal- bzw. Landesregierung, bereitete ein neues Leitbild vor, das die zukünftige Entwicklung Hamburgs lenken sollte. Das Leitbild der »Wachsenden Stadt« war bereits vorgestellt worden, als die Diskussion begann, es war aber weder breit in der Bevölkerung des Stadtstaates kommuniziert worden, noch waren die konkreten Inhalte des Leitbildes klar definiert. Daher nutzte die Stadtverwaltung den Diskurs, um zwei Ziele zu verfolgen: Werbung für das Konzept zu machen und gleichzeitig Anregungen zu gewinnen, wie das abstrakte Leitbild mit Leben gefüllt werden sollte.
  Sowohl in der Planungsphase als auch in der Diskussion selbst bestand eine enge Kooperation zwischen dem Organisationsteam, das von Wissenschaftlern der TU Hamburg-Harburg und professionellen Moderatoren gebildet wurde, und Mitarbeitern der Hamburger Senatskanzlei, die wiederum den Kontakt zu den einzelnen Behörden herstellten. Hamburgs Regierender Bürgermeister eröffnete die Dis-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

kussion in Anwesenheit von Pressevertretern und ließ sich nach der vierwöchigen Diskussionszeit die Ergebnisse präsentieren. Zu dieser Präsentation waren auch Teilnehmer der Diskussion eingeladen, die herausragende Ideen zur Zukunft der Stadt entwickelt hatten und dafür prämiert wurden. Diese von einer Jury ausgewählten Ideen wurden durch die Stadtverwaltung zur Prüfung ihrer Umsetzbarkeit aufgenommen. Auch die Beteiligung von Mitarbeitern der Fachbehörden in einer fortgeschrittenen Phase der Diskussion, als es um die Frage der Umsetzung einzelner Anregungen ging, sorgte in dieser Diskussion für eine relativ starke Anbindung an den politischen Entscheidungsprozess. Eine Konsequenz der großen Bedeutung, die der Diskussion von Politikern zugemessen wurde, war auch die breit angelegte Werbekampagne, mit der vor dem Start Aufmerksamkeit geschaffen wurde. Dazu gehörten Werbeplakate im Straßenverkehr, Einblendungen in der U-Bahn sowie auf den Websites der Stadt ebenso wie bei den Internetangeboten der lokalen Medien. Außerdem sorgte eine Kooperation mit verschiedenen Medien (TV, Radio, Presse) für eine vergleichsweise breite Streuung der Information über die Beteiligungsmöglichkeit an der Diskussion. Neben der Hamburger Bevölkerung beteiligten sich auch einige ehemalige Hamburger, die inzwischen anderswo wohnten, aber über das Internet noch Kontakt zur alten Heimat hielten.

»FUTURUM«-Diskussionen

Die europäische Union verfolgt seit einiger Zeit im Rahmen ihrer Bemühungen um »Good Governance« das Ziel, die Bürger stärker an der Gesetzgebung und Formulierung ihrer Politik zu beteiligen (Europäische Kommission 2001). Damit soll dem von vielen Europäern in Bezug auf die immer mächtigere Zentralregierung der europäischen Kommission empfundenen Legitimationsdefizit begegnet werden. Insbesondere im Zuge des im Jahr 2000 begonnenen Verfassungsprozesses, mit dem sich die europäische Union eine neue, dann auch rechtlich verbindliche Grundordnung geben will, suchte die Kommission verstärkt den Dialog mit der Bevölkerung, da sich Akzeptanzprobleme des Regelwerks noch vor Beginn der Ausarbeitung von Einzelheiten deutlich abzeichneten.

Die Website FUTURUM war Teil der Internetpräsenz »Your Voice in Europe«, mit der den Stimmen der Bürger unmittelbares Gehör verliehen werden sollte. Während die »Your Voice«-Plattform ganz unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten, wie Konsultationen und Diskussionen, zu ganz unterschiedlichen Themen bot, war das Ziel von FUTURUM, eine möglichst breite Debatte in den Mitgliedsstaaten speziell

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

über den europäischen Verfassungsprozess anzuregen. Dazu stellte die Kommission online verschiedene Dokumente zur geplanten Verfassung und eine Übersicht über die vorgesehenen Schritte bis zur Verabschiedung der Verfassung bereit.

Im Bereich »Discussion corner« der FUTURUM-Website konnten sich die interessierten Bürger unmittelbar an verschiedenen Online-Diskussionen beteiligen. Von März 2001, als die Seite gestartet wurde, bis Oktober 2004, als der Verfassungsvertrag von den Regierungschefs der europäischen Länder unterzeichnet wurde und die Aktivitäten auf der FUTURUM-Website eingestellt wurden, weil sie ihren Zweck erreicht hatten,[6] waren insgesamt 29 Online-Diskussionen angeboten worden. Das Themenspektrum reichte dabei von allgemeinen Themen wie der »Zukunft von Europa« über die Diskussion einzelner Dokumente wie des »White Paper on Governance in the EU« bis hin zur Ansprache spezieller Zielgruppen wie Jugendlichen.

Die Diskussion folgte dabei einem im Vergleich zu INFO-REN und DEMOS wenig strukturierten Modell. Wie bereits erwähnt, wurden Hintergrundinformationen zum Konstitutionsprozess auf der Startseite für alle Teilnehmer bereitgehalten. Für die einzelnen Diskussionen im Forum wurden unterschiedliche spezielle Themen vorgegeben, außerdem hatten sie unterschiedliche Start- und Endzeitpunkte. Daher kann hier nicht wie im Fall der DEMOS-Diskurse von Sub-Foren gesprochen werden, sondern von eigenständigen Diskussionen, auch wenn die Diskussionen über ein gemeinsames Portal erreichbar waren und sich die Teilnehmerschaft der einzelnen Diskussionen zum Teil überschnitt, wie die Analyse zeigte.

Mit der Themenstellung bei der Eröffnung einer Diskussion wurden auch verschiedene Statements von meist hochrangigen Politikern als eine Art Impulsreferat eingestellt, um der Diskussion einen Anstoß zu geben und sie zu fokussieren. Die Diskussion selbst verlief dann weitgehend unstrukturiert. Anders als bei INFO-REN und DEMOS gab es keine aktive Moderation, sondern nur ein redaktionelles Team, das die Einhaltung der Regeln des Forums überwachte. Im Einzelnen war es nicht erlaubt, strafbare Inhalte zu verfassen, über andere Themen als das je-

6 Vgl. die Beschreibung »About Futurum«, http://europa.eu/constitution/futurum/about_futurum_en.htm: »The objectives of Futurum are to renew and publish as many documents and links as possible about the process of drafting the Constitution, provide the information tools needed to understand it and give civil society the means to make its voice heard in a real European public forum.« Ein Online-Archiv der Seiten ist noch immer unter der Adresse http://europa.eu/constitution/futurum/index_en.htm verfügbar (Stand: 20.1.2007).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

weils diskutierte zu schreiben oder Beiträge gleichen Inhalts mehrfach zu senden. In solchen Fällen unterband die Redaktion die Veröffentlichung der Beiträge, griff jedoch selbst nicht unmittelbar in die Diskussion ein.[7] Weitere Arbeiten der Redaktion bestanden im Erstellen von Zusammenfassungen am Ende der Diskussionen, die an die Politik weitergeleitet wurden, für die Teilnehmer allerdings nicht mehr sichtbar waren. Die Anbindung an den politischen Entscheidungsprozess ist also als relativ schwach anzusehen, auch wenn die ursprüngliche Zielsetzung anderes vorgesehen hatte.[8] Allerdings bestand eine enge Anbindung des Organisationsteams an den Adressaten der Diskussion, da das Redaktionsteam selbst Teil der Europäischen Kommission war, wohingegen INFO-REN- und DEMOS-Diskussionen von unabhängigen Organisationen betreut wurden.

Als besonderes Merkmal der FUTURUM-Diskussionen kann ferner die supranationale Ebene gelten, auf der die Themen angesiedelt waren und die Teilnehmer angesprochen wurden. Damit verbunden ist eine gegenüber den nationalen bzw. kommunalen Diskussionen größere Varianz der kulturellen Praktiken der Teilnehmer (nicht zuletzt der Sprachen) und ihrer nationalen Identitäten. So wurden in den FUTURUM-Foren ganz unterschiedliche Sprachen genutzt, da keine Sprache für die Teilnehmenden vorgeschrieben war. Neben Englisch als dominanter Sprache gab es in einzelnen Diskussionen immer wieder auch Beiträge in Französisch, Deutsch und anderen Sprachen, nicht zuletzt in Latein (sic!) und Esperanto. Die hier ausgewählten Diskussionen wurden zumindest schwerpunktmäßig in englischer Sprache abgehalten, einzelne Abweichungen innerhalb der Diskussionen konnten toleriert werden.

Die Ansprache der Bevölkerung war entsprechend der Rahmenpolitik der EU breit gehalten, auch wenn keine besonderen Werbemaßnahmen für die Diskussionen durchgeführt wurden. Die Diskussionen wurden auf den Websites der Europäischen Kommission beworben und im Rahmen der üblichen Pressearbeit der Kommission bekannt gemacht. Da der Verfassungsprozess im Zeitraum der Diskussionen eine durchaus hohe Medienpräsenz hatte, dürften sich auch die Diskussionsforen bis in die interessierte Bevölkerung hinein herumgesprochen haben. Zusätzlich

7 Vgl. dazu auch Winkler/Kozeluh 2005: 35f.

8 »In order to ensure that the debate is productive and that the objectives of the Declaration of Nice are really met on this point, the opinions expressed must be listened to, examined, summarised objectively and passed on to the political authorities, and to public opinion in general and the media.« Commission Communication – On certain arrangements for the debate on the future of the European Union. Brussels, 25/04/2001 (http://europa.eu/constitution/futurum/documents/offtext/com25042001_en.pdf, Stand 20.1. 2007).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

wurden zum Teil gezielt bestimmte Gruppen angesprochen, wie zum Beispiel Organisationen der Jugendarbeit und Schulklassen. Trotz der Offenheit der Foren nahmen viele der Teilnehmer mit ihrem richtigen Namen an der Diskussion teil und nicht unter einem Pseudonym, eine eigene Registrierung als Teilnehmer war nach dem Stand der verfügbaren Informationen nicht notwendig und auch nicht möglich.[9]

Eine Besonderheit, die zwar nicht den Ablauf der Diskussionen, aber die Analysemöglichkeiten betrifft, besteht außerdem in der Eigenart der Foren-Software, die Beiträge nur mit ihrem Tagesdatum zu archivieren, nicht aber genauere Angaben über den Zeitpunkt der Veröffentlichung anzubieten. Demgegenüber speicherte sowohl die INFO-REN- als auch die DEMOS-Software die Beiträge mit dem minutengenauen Datum ab. Bei der Auswahl von drei FUTURUM-Diskussionen für die Analyse spielte auch eine Rolle, dass einige von ihnen bereits durch ein Projekt der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ausgewertet worden sind. Da die Ergebnisse der Auswertung zumindest zusammenfassend veröffentlicht wurden (z. B. Winkler/Kozeluh 2005) und für ergänzende Informationen über die Fälle herangezogen werden können, wurden solche Diskussionen bevorzugt für die eigene Bearbeitung ausgewählt. Wichtigstes Kriterium war allerdings eine möglichst große Ähnlichkeit der Rahmenbedingungen der Diskussionen (insbesondere hinsichtlich der Dauer, der Teilnehmerzahl und der Beitragszahl) zu den anderen ausgewählten Diskussionen.

- *»Debatte über die Zukunft der Union – der Konvent« (EU-4)*
  Zeitraum: 11. März-30. April 2002 (51 Tage)
  317 aktive Teilnehmer, 1651 Beiträge
  Diese Debatte nahm ihren Ausgangspunkt in den Reden von José Maria Aznar, Pat Cox, Romano Prodi und Valéry Giscard d'Estaing zur Eröffnung des Europäischen Konvents, also des Gremiums, das Vorschläge für die zukünftige Verfassung von Europa erarbeiten sollte. Sie stellt also eine frühe Diskussion aus dem Zyklus der FUTURUM-Debatten dar und bewegt sich mit einer Dauer von 51 Tagen noch im Rahmen des DEMOS-Modells. Entsprechend der weni-

9 Das führt auch zu Problemen der Identifizierung von Teilnehmern, da diese unter wechselnden Namen an der Diskussion teilnehmen konnten. Das war zwar auch im Fall der DEMOS-Diskussionen mit der Möglichkeit völlig anonymer Teilnahme möglich, dort gab es allerdings durch einen Nachrichtendienst und personenspezifische Funktionen einen Anreiz, sich nicht unter verschiedenen Namen zu beteiligen, was bei FUTURUM auch durch bloßes Versehen geschehen konnte, wenn jedes Mal erneut der Namen eingeben werden musste.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ger stringenten Diskursführung und aufgrund des Verzichts auf Moderation drehen sich die Themen dieser Diskussion um alle möglichen Aspekte der europäischen Union, von der Frage der Motivation zur Mitgliedschaft in der EU über einen europäischen Pass bis hin zur immer wieder geäußerten Kritik an einer einheitlichen europäischen Föderation. Der Teilnehmerliste nach zu urteilen, nahmen verschiedene Mitglieder von zivilgesellschaftlichen europäischen Organisationen teil, sie blieben allerdings genauso eine Minderheit wie europäische Politiker, auch wenn zu den aktiven Teilnehmern zumindest ein Mitglied des europäischen Parlaments zählte.

- *»Diskussion der Jugend – braucht Europa eine Verfassung?« (EU-9)*
  Zeitraum: 16. Februar-26. Mai 2004 (101 Tage)
  292 aktive Teilnehmer, 471 Beiträge
  Zu Beginn dieser Diskussion, die speziell Jugendliche auf ihre Ansichten zur Frage einer europäischen Verfassung ansprach, lag mit dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents bereits das erste und wichtigste Ergebnis des Verfassungsprozesses vor. Eine Einbindung in die Politik im Sinne der Beeinflussung von Entscheidungsprozessen war also nicht gegeben, eher ging es um die Information der Jugendlichen und darum, ihre Aufmerksamkeit für das Thema Europa zu gewinnen, sowie um einen Stimmungstest für den Entwurf. Dieser bildete als Hintergrunddokument auch den Ausgangspunkt der Diskussion. Unter den Teilnehmern fallen Schülerinnen und Schüler auf, die sich als solche zu erkennen gaben. Zum Teil nahmen sie offenbar im Rahmen des Schulunterrichts an der Diskussion teil. Auch die Teilnahme eines Repräsentanten des »European Youth Forums«, eines Zusammenschlusses verschiedener europäischer Jugendorganisationen, belegt, dass offenbar entsprechende Institutionen direkt angesprochen wurden und die Diskussion ihre Zielgruppe erreicht hat. Themen waren unter anderem die Frage der Mehrsprachigkeit der EU, die einen unmittelbaren Bezug zur (zum Teil mehrsprachig geführten) Diskussion selbst hatte, sowie die Frage einer europäischen Identität und der Notwendigkeit einer eigenen Verfassung. Mit mehr als dreimonatiger Laufzeit weicht die Diskussion von den bisherigen in ihrer Dauer deutlich ab.

- *»Ergebnisse des Europäischen Verfassungsgipfels« (EU-10)*
  Zeitraum: 15. Dezember 2003-29. März 2004 (106 Tage)
  166 aktive Teilnehmer, 862 Beiträge

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> Nachdem sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten bei ihrem Gipfeltreffen am 12. und 13. Dezember 2003 nicht auf eine Zustimmung zum Verfassungsentwurf einigen konnten, bot eine weitere Diskussion Raum für alle dadurch aufgeworfenen Fragen und Probleme. Auch in dieser Diskussion ging es wieder um allgemeine und grundlegende Fragen Europas und einer europäischen Verfassung, allerdings auch um einzelne Verfahrensfragen wie die Abstimmungsmodalitäten über die Verfassung selbst und um Kommentare zum bisherigen Verfassungsprozess. Da die Diskussion bis zum folgenden Treffen des Europäischen Rates Ende März 2004 lief, bestand formell eine Möglichkeit, auf den Prozess einzuwirken. Faktisch allerdings waren die offiziellen Verhandlungen, die durch die irische Ratspräsidentschaft geführt wurden, so weit fortgeschritten und auf diskrete bilaterale Gespräche über die strittigen Details verlegt worden, dass ein Bezug zur allgemeinen Diskussion der Bevölkerung kaum bestanden haben dürfte.[10] Eher war der Blick bereits auf die anstehende Frage der Zustimmung der Bevölkerung zu dem Vertragswerk gerichtet, die in einigen Ländern durch Referenden zu erfolgen hatte. Die Diskussion bildet somit ein Meinungsbild der späten Phase des Verfassungsprozesses ab und gehört zu den letzten Diskussionen, die über die FUTURUM-Website zum Verfassungsprozess geführt wurden.[11]

Die untenstehende Übersicht (Tabelle 1) zeigt die neun Online-Diskussionen mit ihren wichtigsten Merkmalen. Auch wenn diese Übersicht noch keine Merkmale des Kommunikationsprozesses selbst enthält, zeigt sie bereits die große Komplexität des Samples und verdeutlicht die Problematik der kleinen Fallzahl in Verbindung mit großer Varianz der Merkmale (»many variables – small n«-Charakteristik). Die Daten zu den einzelnen Diskursen wurden außer durch unmittelbare Beobachtung der Webseiten durch die Auswertung der jeweiligen Textarchive gewonnen, die das diskursive Geschehen so abbilden, wie es sich auch aus der Perspektive der Teilnehmer darstellt.

10 Vgl. die Dokumentation der europäischen Kommission zu dieser Phase des Verfassungsprozesses unter http://europa.eu/scadplus/cig2004/negociations2_de.htm (Stand 20.1.2007).

11 Seit März 2006 bietet die EU unter dem Motto »Debate Europe« wieder öffentliche Online-Diskussionen zur Zukunft der EU an (http://europa.eu.int/debateeurope). Vgl. auch den Blog-Eintrag der EU-Kommissarin für Öffentlichkeitsarbeit, Margot Wallström: http://blogs.ec.europa.eu/blog_wallstrom/page/wallstrom?entry=debate_europe (Stand 20.1.2007).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Auswahl der Untersuchungsmethoden

Die einzelnen Methoden richten sich vor allem nach der jeweils interessierenden Ebene des Diskurses. Auf der sozialen Dimension geht es um die Frage der Einbeziehung der Akteure in den Kommunikationsprozess, um ihre Beteiligung. Dabei interessieren uns die Akteure nicht in ihrer Individualität, sondern als Elemente des Kommunikationsprozesses. Von den Akteuren als solchen geht nur ein spezifischer Teil in die Kommunikation ein und ist für andere sichtbar, wohingegen derjenige Teil der Individualität, der zwar einen Effekt auf die Kommunikation haben kann, aber nicht beobachtbar ist, auch in unserer Analyse außen vor bleiben soll. Wir schließen uns diesbezüglich der Argumentation Luhmanns an, der sein Absehen von rein individuellen Dispositionen von Akteuren zugunsten der Kommunikation damit begründet, dass diese kommunikativ nur dann eine Wirksamkeit entfalten können, wenn sie auch Teil der Kommunikation und für die anderen Teilnehmer beobachtbar werden (Luhmann 1992).

Über diese durchaus umstrittene Sichtweise hinaus bleibt im Falle der Beobachtung von Online-Kommunikation kein anderer Weg, als von der kommunikativen Fiktion von Akteuren auszugehen, also davon, wie sie sich in der Kommunikation selbst präsentieren. Denn selbst der Zugriff auf die Akteure mit Mitteln wie der Befragung lässt keine Erkenntnis über die Kommunikationsprozesse zu, sondern höchstens über die Absichten und Gewohnheiten der daran Beteiligten. Diese Untersuchungsstrategie scheitert immer dann, wenn die leibhaftigen Akteure nicht eins zu eins mit den kommunikativen Akteuren übereinstimmen, wenn also z. B. zwei unterschiedliche Personen sich eine Zugangsadresse in der Online-Diskussion teilen, was nach unseren Beobachtungen durchaus vorkommt. Ähnliche Probleme ergeben sich, wenn eine Person unter verschiedenen Adressen auftritt, und dabei unter Umständen sogar unterschiedliche Identitäten ausbildet (vgl. Turkle 1995, Danet 1998). Der Rückschluss von den Akteuren auf die Kommunikation und umgekehrt ist immer problematisch, und im Fall von Online-Kommunikation ganz besonders. Daher nehmen wir von vornherein mit den beobachtbaren kommunikativen Artefakten vorlieb.

Zur Untersuchung der Sozialdimension der Kommunikation bietet sich neben der teilnehmenden Beobachtung vor allem eine quantitative Analyse an, die die faktische Teilnahme der Akteure an der Kommunikation auf ihre Struktur hin untersucht. Innerhalb der einzelnen Fälle mit ihrer großen Zahl von Beiträgen und Teilnehmern können dabei statistische Verfahren problemlos zum Einsatz kommen. Aufgrund der Vergleichsperspektive und der geringen Fallzahl kommt beim Vergleich der

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Fälle dann wieder ein heuristisches Vorgehen zur Anwendung, insbesondere, weil nicht nur die Struktur der Teilnahme beschrieben werden soll, sondern auch nach Erklärungen für diese Struktur gesucht wird, die wiederum die Theorieentwicklung voranbringen können. Dazu werden vereinzelt auch spezielle Verfahren wie die Inhaltsanalyse von Beiträgen – zur Untersuchung des Beitragsverhaltens – und die Soziale Netzwerkanalyse – zur Untersuchung der wechselseitigen Bezugnahme der Teilnehmer – angewendet.

Hinsichtlich der Sinndimension der Kommunikation liegt der Schwerpunkt der Untersuchung dagegen auf inhaltsanalytischen Methoden. Einzelne Beiträge wurden – stichprobenhaft nach der Methode der kontrastierenden Fälle ausgewählt – auf die in ihnen enthaltenen Stil-, Form- und inhaltlichen Elemente hin untersucht. Ergänzend kommen statistische Verfahren zum Einsatz, soweit sie sich auf der Ebene der einzelnen Fälle anwenden lassen. In der Temporaldimension schließlich kommt eine besondere Methode zur Anwendung, die Ereignisdatenanalyse. Sie ermöglicht, die zeitliche Dimension in der Analyse der Determinanten der Anschlusswahrscheinlichkeit eines Beitrags unmittelbar zu berücksichtigen. Mit dieser ursprünglich für die Analyse von Überlebenswahrscheinlichkeiten entwickelten Methode machen wir ein avanciertes Instrument der quantitativen Forschung für die Analyse von Kommunikationsprozessen nutzbar, das insbesondere die interne Dynamik und Temporalität der Kommunikation zu analysieren erlaubt. Da alle verwendeten Methoden in engem Bezug zu den jeweils im Vordergrund stehenden theoretischen Problemen stehen, soll hier von einer ausführlichen, gesonderten Darstellung der Methoden abgesehen werden. Die entsprechenden Ausführungen erfolgen im unmittelbaren Kontext ihres Einsatzes in der empirischen Analyse, so dass die Gründe für ihre Verwendung jeweils deutlich werden.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tabelle 1: Übersicht über die neun Online-Diskurse mit ausgewählten Merkmalen der Rahmenbedingungen, chronologisch gegliedert. Alle Angaben und Wertungen verstehen sich relativ zu den jeweils anderen Diskursen. Zur Art der Themen (letzte Spalte) ist anzumerken, dass alle zur Diskussion stehenden Themen als komplex zu bewerten sind, daher werden hier nur Unterschiede im anzunehmenden Grad der Abstraktheit bzw. Lebensnähe aus Sicht der Teilnehmer angeführt. TN=Teilnehmer; NPO=Non-Profit-Organisation; Wissen=Wissenschaft; EU-Komm.=EU-Kommission

Diskurs	Modell	Jahr	Dauer (Tage)	Ebene	Akt. TN	Beiträge	Sprache	Organisation	Moderation	Grad pol. Einbindung	Teiln. von Politikern	Strukturierungsgrad	Anonymität	Subforen	Publizitätsgrad	Art des Themas
IR-MAP	INFO-REN	2001	15	national	128	547	engl.	NPO Politik	aktiv	schwach	mittel	hoch	gering	nein	mittel	greifbar
IR-EPA	INFO-REN	2001	11	national	320	1260	engl.	NPO Politik	aktiv	stark	stark	hoch	gering	nein	mittel	abstrakt
IR-CMP	INFO-REN	2002	15	Bundes-staat	250	1060	engl.	NPO Politik	aktiv	stark	stark	hoch	gering	nein	mittel	greifbar
D-TU	DEMOS	2001	40	Organi-sation	106	1244	deutsch	NPO Wissen	aktiv	mittel	mittel	mittel	stark	ja	hoch	greifbar
D-BOL	DEMOS	2002	43	kommunal	99	713	ital.	NPO Wissen	aktiv	mittel	gering	mittel	stark	ja	mittel	greifbar
D-HH	DEMOS	2002	29	kommunal	262	3907	deutsch	NPO Wissen	aktiv	stark	mittel	mittel	stark	ja	hoch	abstrakt
EU-4	FUTU-RUM	2002	51	EU	317	1651	vorw. engl.	EU-Komm.	passiv	schwach	gering	schwach	gering	nein	gering	abstrakt
EU-9	FUTU-RUM	2004	101	EU	292	471	vorw. engl.	EU-Komm.	passiv	schwach	keine	schwach	gering	nein	gering	abstrakt
EU-10	FUTU-RUM	2004	106	EU	166	862	vorw. engl.	EU-Komm.	passiv	schwach	keine	schwach	gering	nein	gering	abstrakt

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839457221.123 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839415221.123 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND